Abend-Ausgabe.

Wiesbadener Zeitung
Rheinischer Kurier

Mittelrheinische Zeitung

Beilage „Der Landwirt in Nassau"

Erscheint 2 mal täglich, auch Montag früh. — Bezugspreis: Abholer monatlich 1.— M., vierteljährlich 3.— M. Durch Träger und ausw. Vertretungen frei ins Haus monatlich 1.20 M., vierteljährlich 3.60 M. Durch die Post bezogen monatl. 1.20 M., vierteljährl. 3.60 M. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 10 Pf.

Amtliches Organ der Kgl. Polizeidirektion, der Gerichts- und vieler anderer Staats- und Kommunal-Behörden.

Verlag, Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Wiesbaden, Nikolasstr. 11. Fernruf Nr. 5915, 5916, 5917. — Anzeigenpreise: In Wiesbaden und Provinz Hessen-Nassau 25 Pf., Reklamezeile 1.— M.; außerhalb 30 Pf., Reklamezeile 1.50 M. Seitenpreise u. Rabatt laut Tarif. Sonderbeilagen 6 M. pro 1000.

Nummer 33. Freitag, 18. Januar 1918. 72. Jahrgang.

Guter Verhandlungsstand mit der Ukraine.

Der Rücktritt des Herrn v. Valentini.

Die bisher nur aus nichtamtlicher Quelle geschöpfte Meldung von dem Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts, Herrn v. Valentini, wird jetzt vom Wolffschen Bureau in folgender Form übernommen:

Berlin, 18. Jan. (Wolff-Tel.)

Verschiedene Zeitungen kündigen den Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts, Herrn v. Valentini, als bevorstehend an und bezeichnen den Oberpräsidenten von Ostpreußen, v. Bera, als seinen Nachfolger.

Diese Form der Mitteilung darf als halbamtliche Bestätigung gelten. Mit dem Rücktritt des Herrn v. Valentini scheidet einer der letzten Männer aus der Umgebung des Kaisers, die mit dem Reichskanzler v. Bethmann Hollweg auf Gedeih und Verderb verbunden waren. Der Einfluß des Chefs des Zivilkabinetts auf die allerhöchste Person ist stärker als der irgend eines anderen der höchsten Beamten, da der beständige vertrauliche Verkehr ihm Gelegenheit gibt, fast zu jeder Zeit das Ohr des Kaisers zu finden. Und Herr v. Valentini hat, wie viele Vorkommnisse zeigten, von dieser Gelegenheit öfters Gebrauch gemacht, als dem Wohle des Ganzen zuträglich war. Was man ihm besonders zum Vorwurf machen mußte, war der Umstand, daß er im Verein mit Herrn v. Bethmann eine unübersteigbare Mauer um den Kaiser errichtet hatte, sodaß es von Anbeginn des Krieges für die entschieden nationalen Kreise, selbst für sehr hoch stehende Persönlichkeiten, unmöglich war, dem Träger der Krone ihre Ansichten äußern zu können. Es wäre schon viel gewonnen, wenn der neue Chef des Zivilkabinetts den Weg zum Kaiser wieder freimachen würde. Mit Herrn v. Valentini fällt auch eine starke Stütze — allerdings noch nicht die letzte — der Gruppe von Persönlichkeiten, die alle auswärtige und Kriegspolitik unter dem Gesichtswinkel betrachten: Was wird England dazu sagen?

Inwieweit die Berliner Besprechungen der letzten Tage in Verbindung stehen mit dem Rücktritt des Herrn v. Valentini, wollen wir unerörtert lassen: die Tatsache, daß das längst ersehnte Ereignis zeitlich mit der Anwesenheit des Kronprinzen, Hindenburgs und Ludendorffs zusammentrifft, möge uns als Bestätigung der Nachrichten über den zugunsten der Obersten Heeresleitung erfolgten Ausgang dieser Beratungen gelten.

Noch weitere Veränderungen?

Berlin, 18. Jan. (Eig. Tel. zb.)

Wie der „L.-A." erfährt, dürfte der Rücktritt des Chefs des Zivilkabinetts von Valentini noch weitere Veränderungen nach sich ziehen.

*

Berlin, 18. Jan. (Amtlich.)

Der Kaiser hörte gestern den Vortrag des Chefs des Admiralstabes und den des Chefs des Zivilkabinetts. Am 16. Januar abends empfing der Kaiser den neu ernannten Chef des Zivilkabinetts, bisherigen Oberpräsidenten von Ostpreußen v. Bera, zur Meldung.

Brest-Litowsk.

Die Verhandlungen mit der Ukraine.

Brest-Litowsk, 17. Jan. (Amtlich).

Bei der heute zwischen der deutschen und der österreich-ungarischen Delegation einerseits und der ukrainischen Delegation andererseits abgehaltenen Besprechung wurde einleitend das bisherige Ergebnis der über die politischen Fragen vertraulich gepflogenen Besprechungen resumiert. Graf Czernin hob hierbei den für die Brest-Litowsker Verhandlungen überhaupt geltenden und auch von der ukrainischen Delegation anerkannten allgemeinen Grundsatz hervor, daß die Einmischung eines Teiles in die inneren staatlichen Angelegenheiten des anderen ausgeschlossen sei. Andererseits bestehe ein Einverständnis darüber, daß beim Zustandekommen eines die Entwicklung eines dauernden Freundschaftsverhältnisses sicherstellenden Friedens die beiden Teile bereit seien, sich unter der Voraussetzung voller Gegenseitigkeit über verschiedene, sie interessierende politische und kulturelle Fragen auszusprechen. Hierbei wies Graf Czernin beispielsweise auf die Besprechung der Sicherstellung des Schicksals der polnischen Minderheiten hin, welche künftig dem ukrainischen Staatswesen angehören werden. Diese Erklärungen wurden von der ukrainischen Delegation zustimmend und mit dem Bemerken zur Kenntnis genommen, daß sie aufgrund derselben in die weitere Verhandlung eintreten werde.

Bei der weiteren Besprechung über die Regelung des beiderseitigen Wirtschaftsverkehrs wurden keine solchen Differenzen in den grundlegenden Auffassungen festgestellt, daß sie das Zustandekommen einer Vereinbarung zu hindern vermöchten. Die Beratungen wurden soweit gefördert, daß sie sich bereits auf konkrete Fragen des Warenaustauschverkehrs erstrecken. Der Gang der Verhandlungen und ihr bisheriges Ergebnis lassen die Erwartung eines befriedigenden Abschlusses berechtigt erscheinen. Die Weiterberatung ist einer Spezialkommission übertragen worden, die ihre Arbeiten sofort aufnehmen und mit tunlichster Beschleunigung durchführen wird.

Zur Entsendung eines bayrischen Vertreters.

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." schreibt: „Der Entsendung des bayrischen Staatsministers a. D. Graf Podewils nach Brest-Litowsk liegt, wie wir hören, eine Vereinbarung zugrunde, die im Anschluß an die Versailler Uebereinkunft vom 23. November 1870 zwischen Preußen und Bayern getroffen und von Preußen am 14. Februar 1871 ratifiziert wurde. Sie geht dahin, daß bei Friedensverträgen, die nach einem Bundeskrieg geschlossen werden, auch ein Bevollmächtigter des Königs von Bayern zugezogen werden soll, der sich an den Verhandlungen beteiligt und durch das Bundeskanzleramt, also durch den deutschen Reichskanzler, seine Instruktionen erhält."

Eine Republik Groß-Rußland.

Stockholm, 18. Jan. (Eig. Tel., zb.)

Nach einer Meldung aus Haparanda erörtert man in politischen Kreisen Petersburgs nachdrücklich die Bildung einer Republik Groß-Rußland, die die mittleren und nördlichen Gouvernements vom Ural bis zur Ukraine umfassen soll. Die Frage soll auf dem Kongreß der demokratischen und sozialistischen Organisationen behandelt werden, der am 21. Januar auf Anregung des Vollzugsausschusses des Sowjets in seiner ursprünglichen Zusammensetzung eröffnet wird.

Turkestan als selbständige Republik.

Stockholm, 18. Jan. (Wolff-Tel.)

Das ukrainische Informationsbureau teilt mit: Der Rat der Nation in Kiew erhielt die Nachricht, daß ein außerordentlicher Kongreß der Muselmanen Turkestans in Uebereinstimmung mit der mehrere Millionen zählenden Bevölkerung Turkestans in Bezug auf das Selbstbestimmungsrecht und gemäß den Grundsätzen der großen russischen Revolution am 31. Dezember das Gebiet von Turkestan als selbständige Republik im Bunde mit der föderativen russischen Republik erklärt hat. Einstweilen wurde ein nationaler Rat gebildet, in welchem ein Drittel der Sitze der nichtmuselmanischen Bevölkerung Turkestans anerkannt wurde. Der Beginn der Sitzungen des nationalen Rates wurde auf den 15. Januar festgesetzt. Der Kongreß hat eine provisorische Regierung Turkestans gewählt. Die verfassunggebende Versammlung, die demnächst einberufen wird, soll die endgültige Form der Autonomie beschließen.

Der rumänische Gesandte in Petersburg wieder freigelassen.

Stockholm, 18. Jan. (Wolff-Tel.)

Nach einem Telegramm der Petersburger Telegraphenagentur ist die Verhaftung des rumänischen Gesandten Diamond in der Nacht zum 15. Januar wegen der gegen die Unterdrückungsmaßnahmen der rumänischen Regierung gegenüber russischen Soldaten erfolgt. Das ganze diplomatische Korps begab sich auf Anregung des französischen und des englischen Botschafters zu Lenin. Der Kommissar bewilligte die Freilassung des Gesandten auf den Vorschlag des amerikanischen Botschafters hin, daß er in seinem Namen der rumänischen Regierung eine Erklärung gegen die Gewaltmaßregeln Rumäniens gegenüber russischen Soldaten senden werde. Um 3 Uhr früh wurde der Befehl erteilt, Diamond freizulassen.

Kerenski von den Bolschewiki aufgespürt.

Stockholm, 18 Jan. (Wolff-Tel.)

Laut „Rjetsch" soll es den Bolschewiki gelungen sein, Kerenski in der Wohnung eines sozialrevolutionären Stadtrates aufzuspüren. Seine Verhaftung soll bevorstehen.

Türkische Juristen im sächsischen Gerichtsdienst.

Dresden, 18. Jan. (Wolff-Tel.)

Wie die „Sächsische Staatszeitung" hört, treten demnächst auf Wunsch der türkischen Regierung eine Anzahl türkischer Juristen, die meist schon längere Zeit in wichtigen Stellen des türkischen Justizdienstes tätig waren, auf mehrere Jahre in den sächsischen Justizdienst über, um darin praktisch zu arbeiten und die deutsche Rechtspflege kennen zu lernen. Elf von ihnen sind inzwischen unter der Führung eines Rates des türkischen Justizministeriums in Dresden eingetroffen. Sie werden verschiedenen Gerichten überwiesen werden, aber zunächst, mit einer Ausnahme, noch mehrere Monate in Dresden verweilen, um hier deutschen Sprachunterricht zu nehmen.

Amtlicher deutscher Tagesbericht.

Großes Hauptquartier, 18. Jan. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Auf dem größten Teil der Front war die Gefechtstätigkeit gering, lebhafter in der Gegend südwestlich von Cambrai.

Bei kleineren Unternehmungen nördlich und nordöstlich von Prosnes wurden Gefangene eingebracht.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Nichts Neues.

An der mazedonischen und italienischen Front ist die Lage unverändert.

Der Erste Generalquartiermeister Ludendorff.

Tagesbericht des Admiralstabes.

Berlin, 18. Jan. (Amtlich.)

Eines unserer Unterseeboote hat kürzlich an der Westküste Englands vier Dampfer, ein französisches Bewachungsfahrzeug, einen Segler und einen Fischdampfer versenkt.

Die Mehrzahl der Schiffe wurde unter erheblicher feindlicher Gegenwirkung in den für starke Unterseebootsgefahr besonders geeigneten Gewässern der Irischen See und des Bristolkanals durch geschickte Angriffe vernichtet. Hier fiel auch das französische Bewachungsfahrzeug dem Unterseeboot zum Opfer.

Sämtliche Dampfer waren bewaffnet; unter ihnen konnten die englischen Dampfer „Elmsleaf" und „Bostoncity" namentlich festgestellt werden. Von den beiden anderen Dampfern hatte der eine Kohlen und der andere vom Aussehen und Größe des englischen Dampfers „Caremont Castle" (5294 Tonnen) Palmöl geladen. Der Fischdampfer führte die Bezeichnung „N. F 696".

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Kohlennot in den Vereinigten Staaten.

Washington, 17. Jan. (Wolff-Tel.)

Reuter. Um dem Kohlenmangel abzuhelfen, wurde angeordnet, daß alle Industrieanlagen in den Vereinigten Staaten, soweit sie nicht Lebensmittel erzeugen, fünf Tage lang geschlossen bleiben sollen. Es verlautet, daß die Regierung alle Fabrikanlagen mit Ausnahme derjenigen, die Lebensmittel erzeugen, zehn Wochen lang jeden Montag außer Betrieb setzen wird. Diese Verfügung bezieht sich auf alle Staaten östlich des Mississippi, ferner auf Minnesota und Louisiana. Sie tritt am 17. 1. in Kraft. Wilson erteilte dieser Verfügung seine Genehmigung. Unter diesen neuen Bestimmungen wird den Zeitungen gestattet, ihre Kohlen für je eine Ausgabe täglich zu verbrauchen. Die Geschäftsgebäude dürfen fünf Tage in der Woche geheizt werden, müssen aber jeden Montag und Feiertag geschlossen bleiben.

Notstandsunruhen in Spanien.

Madrid, 15. Jan. (Wolff-Tel.)

Meldung der Agence Havas: Die durch die Lebensmittelnot hervorgerufene Unzufriedenheit nimmt im größten Teil der Provinz einen immer größeren Umfang an. Von einigen Punkten sind beunruhigende Meldungen eingegangen, so aus Santander, Malaga, Valencia und Barcelona. Sie berichten über Kundgebungen, die ausschließlich von Frauen veranstaltet wurden. In Barcelona wurden über dreißig Frauen bei dem Einsturz einer Treppe zur Präfektur, die von der Menge belebt war, verwundet. In Santander fanden Zusammenstöße zwischen Frauen und der Polizei statt. In Malaga warfen über tausend Frauen mit Steinen gegen die Bürgermeisterei. Die städtischen Bureaus wurden beschädigt. Die Kaffeehäuser und Klubs wurden durch die Polizei geräumt.

Die Blätter drücken die Zuversicht aus, daß die Regierung die äußersten Anstrengungen machen werde, um der Lage Herr zu werden.

Eine Richtigstellung der Vaterlandspartei.

Vom Landesverein Groß-Berlin der Deutschen Vaterlandspartei geht uns folgende Darstellung der Vorgänge auf der Versammlung am 7. Januar zu, wie sie sich, im Gegensatz zur Schilderung des „Vorwärts" und der „Frankfurter Zeitung" und sonstiger gesinnungsverwandter Blätter, tatsächlich abgespielt haben:

Bereits im November vorigen Jahres hatte der Bund der Kriegsbeschädigten, der unter der Leitung des Redakteurs des „Vorwärts" Kuttner steht, eine Mitgliederversammlung veranstaltet, zu der der Vorstand der

Deutschen Vaterlandspartei eingeladen worden war, „um dort den Standpunkt derer, die im Felde gestanden haben, zur Friedensfrage kennen zu lernen sowie seinen eigenen zu vertreten". Dieser Einladung war durch ein Versehen nicht Folge geleistet worden. Die Folge davon war, daß in der Versammlung, wie ein Teilnehmer nachher berichtet, die wildesten Schmähungen gegen die Abwesenden ausgestoßen wurden.

In die Versammlung des Bundes der Kriegsbeschädigten am 6. Januar in den Prachtsälen des Westens waren diesmal mehrere Mitglieder der Deutschen Vaterlandspartei, darunter der Leiter der Preßabteilung, Axel Ripke, gegangen, um sie mit den Zielen der Deutschen Vaterlandspartei bekannt zu machen. Leider vergeblich!

So sprach bereits der Referent, Dr. Bresin, der sich allerdings selbst als Fortschrittler bezeichnet, von dem „Reichstag, der sich zum Arbeiter- und Soldatenrate entwickeln möge". Die sachliche Erwiderung des Herrn Ripke war von dauernden Protesten unterbrochen. Die Ausführungen eines zweiten Redners unserer Partei, Dr. Schiele, der dem Vorsitzenden des Bundes, dem Vorwärts-Redakteur Kuttner erwiderte, wurden überhaupt nicht zu Ende gehört. Eine Einladung zur Aussprache auf der Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei am nächsten Tage erging dabei nur an Dr. Bresin persönlich, der im übrigen erklärte, einer solchen nicht mehr zu bedürfen, da er schon eine Eintrittskarte besäße. — Es ist eine Unwahrheit, daß Herr Ripke zweihundert Eintrittskarten, wie der „Vorwärts" behauptet, für diese Versammlung der Deutschen Vaterlandspartei verteilt hat.

Auch der Verlauf der Montagsversammlung unseres Landesvereins wäre nicht gestört worden, wenn es nicht Dr. Bresin — ganz im Sinne der sozialdemokratischen Sprengungstaktik — ausdrücklich darauf abgesehen gehabt hätte. Er war vor Eintritt in die Tagesordnung dahin verständigt worden, daß ein nachträgliches polizeiliches Verbot die Aussprache nicht gestattete. Gleichzeitig wurde ihm erklärt, daß ihm bei einer anderen Gelegenheit die Möglichkeit zur Aussprache gegeben werden würde, daß endlich die Versammlung über diese Tatsache ausdrücklich verständigt werden würde. Er hat aber die erste beste Gelegenheit während der Rede des Abgeordneten Fuhrmann zu dem Versuche benutzt, durch gellende Zurufe an seine etwa dreißig anwesenden Anhänger die Versammlung zu stören, trotzdem er dem stellvertretenden Verhandlungsführer gegenüber sich ausdrücklich zur Ruhe verpflichtet hatte.

Die fortgesetzten Störungen erregten das Publikum sehr, und es kam bedauerlicherweise zu Handgreiflichkeiten, die einzig und allein auf das Konto des Dr. Bresin zu setzen sind, der sich in der herausforderndsten Weise betrug und sich den wiederholten Aufforderungen der Versammlungsleitung beharrlich widersetzte.

In dem entstehenden Gewühl wurden nicht nur Dr. Bresin und seine Anhänger, sondern auch solche der Deutschen Vaterlandspartei gepufft; es kann deshalb von einer Absicht, Kriegsbeschädigte zu verletzen, gar keine Rede sein. Dagegen erweisen die ähnlichen Vorkommnisse in Jena, Frankfurt a. M. und Mannheim sowie anderen Städten, daß es sich auf sozialdemokratischer Seite um absichtliche und wohlorganisierte Störungen der Versammlungen und Verächtlichmachung der Bestrebungen der Deutschen Vaterlandspartei handelt.

Verbot an Kuttner, den Vorsitz weiter zu führen.

Berlin, 18. Jan. (Wolff-Tel.)

Die „Norddeutsche Allgemeine Ztg." veröffentlicht eine Verfügung des Oberbefehlshabers in den Marken, in der dem Vorsitzenden des Bundes der Kriegsbeschädigten und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Erich Kuttner, jede weitere Tätigkeit für diesen Bund auf Grund des Belagerungszustandes verboten wird. Kuttner hat in einer Versammlung an die Kriegsbeschädigten die Aufforderung gerichtet, die Bänder ihrer Kriegsorden abzulegen. Diese Aufforderung, der zahlreiche Inhaber des Eisernen Kreuzes Folge leisteten, sei geeignet, im Heere und im Volke die höchstgeachtete Kriegsauszeichnung verächtlich zu machen. Sein Verhalten beweise, daß Kuttner die sachliche Leitung des Bundes nicht gewährleiste.

*

Wes Geistes Kinder die Herren sind, die sich als Wortführer des Bundes der Kriegsbeschädigten aufspielen, zeigt die Aeußerung des angeblich fortschrittlichen Dr. Bresin, der anstelle der jetzigen Parlamente auch bei uns einen Arbeiter- und Soldatenrat haben will, und die Verächtlichmachung des Eisernen Kreuzes durch den Sozialdemokraten Kuttner, der ja auch den Bund gegründet hat. Daß die „Frankfurter Zeitung" das Gebahren dieses Herrn unterstützt, kennzeichnet auch die Richtung dieses Blattes. Wenn dieser Bund der Kriegsbeschädigten nicht eine verkappte sozialdemokratische Organisation in Feldgrau wäre, sondern eine nationale Gründung, würde das demokratische Weltblatt ihn schmähen, wie es bisher alle nationalen und nicht demokratischen Gründungen geschmäht hat.

Die vertagte Kriegszieldebatte im Herrenhause.

Im Herrenhaus wurde, wie gemeldet, ein Antrag über die Kriegsziele und den Friedensschluß eingebracht, der in der gestrigen Sitzung Gelegenheit zu einer Aussprache über diese Frage bieten sollte. Vor Eintritt in die Tagesordnung nahm jedoch Graf York von Wartenburg das Wort zu folgender Erklärung:

„Mit Rücksicht darauf, daß der Hauptausschuß des Reichstags gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen beschlossen hat, wegen der schwebenden Verhandlungen in Brest-Litowsk von einer Besprechung der mit der auswärtigen Politik zusammenhängenden Angelegenheiten vor der Hand Abstand zu nehmen, halten die beiden Mitunterzeichner des Antrags und ich selbst uns verpflichtet, den Präsidenten zu bitten, den Antrag auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung nicht zu setzen. Auf seine künftige Verhandlung zu einem später geeigneten Zeitpunkt verzichten wir damit nicht."

Kurze politische Nachrichten.

Vizekanzler von Payer.

Die „Kölnische Zeitung" meldet aus Stuttgart: Der Gesundheitszustand des Vizekanzlers von Payer hat sich, wie man hört, so weit gebessert, daß er voraussichtlich noch diesen Monat seine Tätigkeit in Berlin wird aufnehmen können.

Die erschütterte Stellung des Kabinetts Seidler.

Das „Fremdenblatt" schreibt: „Die Sackgasse, in die die Regierung zu geraten scheint, hat sie sich durch ununterbrochenes Geschehenlassen selbst gebaut. Der Mangel an Initiative und Arbeitskraft hat es mit sich gebracht, daß der Ministerpräsident nunmehr auch das Vertrauen jener Kreise schwinden sieht, auf deren Unterstützung zu zählen er weniger als Person denn als Vertreter des Staates unstreitig sich berechtigt fühlen kann. Das Kabinett Seidler hat seine Macht niemals in den Dienst der Erreichung der programmatisch angekündigten Ziele gestellt und sein Ziel mehr in der Vertuschung der Folgeerscheinungen als in der Bekämpfung der Uebel gesucht."

Nach diesem Artikel kann die Lage der Regierung mit Sicherheit als erschüttert bezeichnet werden.

Stadtnachrichten.

Wiesbaden, 18. Januar.

Zum Kurgebrauch ist Prinz Ernst Heinrich zu Stollberg-Roßla, Oberleutnant, hier eingetroffen und im Hotel „Quisisana" abgestiegen.

Schuldeginn. Die Weihnachtsferien gehen am Montag, 21. Januar, zu Ende. Der Unterricht in sämtlichen Volks-, Mittel- und höheren Schulen beginnt am Dienstag Vormittag 8½ Uhr.

Durch ein merkwürdig unbeständiges Wetter zeichnet sich dieser Winter aus. In den letzten vierzehn Tagen hatten wir abwechselnd Frost, Schnee, Tauwetter und Regen in mehrmaliger Folge, daß man alles Zutrauen zur Wettervorhersage verloren hat. Kaum war ein Schneefall vorüber, womit uns übrigens diesmal der Winter besonders reichlich bedenkt, so setzte sofort wieder Tauwetter ein, das die weiße Herrlichkeit zu Brei und Schmutz zerschmelzen ließ, und der nachfolgende Regen besorgte das Weitere, um die Zustände auf den Straßen noch trostloser zu machen. Leider wird die Mahnung, die Fußsteige rechtzeitig vom Schnee zu säubern, von den meisten Hausbesitzern viel zu wenig beachtet. Wer gestern gezwungen war, durch die Straßen zu wandern, konnte wieder einmal ganz genau feststellen, welche Hausbesitzer einsichtsvoll genug waren, auf das eben nicht sehr vollkommene Schuhwerk ihrer Mitmenschen Rücksicht zu nehmen. Es waren nicht sehr viele. Unserer Straßenpolizei wäre zu empfehlen, die Säumigen energischer an ihre Pflicht zu mahnen. Die reichlichen Schneefälle und die nachfolgenden Regenmassen, die vereint mit den lauen Föhnwinden eine rasche Schneeschmelze verursachten, haben es mit sich gebracht, daß unsere Bäche und Flüsse, die vorher an großem Wassermangel litten, sich wie über Nacht in reißende Ströme verwandelten und **Hochwassergefahr** mit sich brachten. Aus allen Gegenden des Rheingebietes und seiner Nebenflüsse kommen Nachrichten von dem raschen Steigen des Wasserstandes und an verschiedenen Orten wird schon über erheblichen Schaden berichtet, den die überflutenden Wassermassen angerichtet haben. So wird aus Bingen gemeldet: Der Schaden, den die plötzliche Hochflut der Nahe angerichtet hat, ist größer, als ursprünglich angenommen werden konnte. Am Unterlauf sind die Orte Grolsheim, Sarmsheim, Maenter, Dietersheim und die Häuser der Neuenmühle bei Büdesheim ganz oder zum Teil unter Wasser gesetzt. Pioniere sind zur Hilfeleistung eingetroffen. In Malendar haben die Fluten des Rheins einer Marmeladefabrik tausend Fässer mit je 15 Zentner Marmelade abgetrieben, eine Menge Fässer liegt aber noch in den Fluten und kann nicht geborgen werden. Sehr großen Schaden hat das Hochwasser der Mosel angerichtet, ein Teil der Dämme der Moselbahn ist unterspült, der Verkehr eingestellt. Von Köln wird gemeldet, daß der Rheinpegel von Mittwoch auf Donnerstag um 4½ Meter gestiegen ist. Ueber die Hochwassergefahr am unteren Main- und Lahngebiet haben wir schon berichtet. Heute wird noch neu gemeldet: Die Nidda überflutet bereits weite Strecken. Die Kinzig ist seit gestern an vielen Stellen aus dem Ufer getreten. Von Langenselbold bis in die Gelnhäuser Gegend sind weite Geländestrecken überschwemmt. Langenselbold ist von der Staatsbahnstation abgeschnitten, da die dorthin führende Straße unter Wasser gesetzt ist. Der Pegel von Groß-Steinheim zeigte gestern Abend den Stand des Mains mit 3.40 Meter. Vom Obermain wird weiteres Steigen gemeldet.

Ausfallende Personenzüge. Wie die Eisenbahndirektion Mainz bekannt gibt, müssen vom 22. Januar bis 4. Februar mehrere Personenzüge in Wegfall kommen. Das Nähere darüber ist in den Aushängen auf den Stationen zu ersehen.

Eigentum an beschlagnahmten Gütern in besetzten Gebieten. Ein vom Präsidenten der Reichsentschädigungs-Kommission dem Deutschen Handelstag überreichtes weiteres Verzeichnis im feindlichen Ausland beschlagnahmter Güter, hinsichtlich deren sich bisher diejenigen nicht haben ermitteln lassen, die zurzeit der Beschlagnahme das Eigentums- oder ein sonstiges Recht an den Gütern hatten, kann im Abdruck in der Geschäftsstelle der Handelskammer zu Wiesbaden eingesehen werden. Ferner ist dem Präsidenten der Reichsentschädigungskommission über den Verbleib einer Anzahl Güter, wie 53 Ballen Wolle, 3 Ballen Lumpen und 25 Ballen Wolle eine Mitteilung erwünscht. Personen, die in der Lage sind, über die genannten Waren, die noch näher bezeichnet werden können, Auskunft zu geben, wollen sich dieserhalb zunächst mit der Geschäftsstelle der Handelskammer zu Wiesbaden in Verbindung setzen.

Groß-Wiesbaden. Das neue Programm im „Vergnügungspalast" zeigt wieder einmal, wie unerschöpflich die Varietekunst ist und wie immer neue Kräfte am Werke sind, für die leichtgeschürzte Muse um neue Gunst zu werben. Und dies mit vollem Erfolg. Die Glanznummer des Abends ist diesmal ein Meister der Billardkunst, der sich Asra nennt. Nicht das Carambolagespiel und die Erreichung hoher Serien sind seine Spezialität. Seine Fertigkeit besteht darin, daß bei ihm vermittels Kopfstößen und von der Bande die Bälle nach einem gewünschten Ziel springen, wie es ihm beliebt. Mit dieser Geschicklichkeit verbindet Asra verschiedene reizvolle Ueberraschungen, selbst solche musikalischer Art, die wir jedoch nicht weiter verraten wollen, die aber wert sind, daß man sie selbst anschaut und sich daran ergötzt. Als weitere hervorragende Nummer sind die Vorführungen des Marionetten-Theaters Feemas zu nennen, die mit ihren Verwandlungsszenen ein Viertelstündchen lang aufs Köstlichste unterhalten. Eine turnerische Glanzleistung bringen die drei Facori am dreiteiligen Trapez und ganz ausgezeichnet ist auch Luise Geißler als Keulenschwingerin und akrobatische Tänzerin. Grete Dirks, die Operettensängerin, erfreut wieder mit ihrer prachtvollen Stimme und erzielt im Duett mit Santiago Lago noch besonderen Erfolg. Als äußerst vornehme künstlerische Darbietung ist noch das Auftreten des Sängerduetts Busch-Marinko zu erwähnen, das mit seinen musikalischen Scherzen und geschickten Tierstimmenimitationen zu lebhafter Anerkennung herausfordert. Die komischen Akrobaten Taida und Partnerin geben dem Programm einen humorvollen Abschluß.

Die Feuerwache wurde heute morgen um 7¼ Uhr nach Idsteinerstraße 1 gerufen, um einen Kaminbrand zu löschen. Die Löscharbeit dauerte etwa eine Stunde.

Gestohlen wurde im Dezember eine graue, aus drei Teilen zusammengesetzte Wagendecke aus imprägniertem Stoff, sechs Meter lang und vier Meter breit. Mitteilungen über den Verbleib sind an die Kriminalpolizei zu richten.

Standesamts-Nachrichten vom 18. Januar. Sterbefälle. Am 16. Jan. Emil Martin, Geschäftsdiener, 50 J. Am 17. Jan. Karoline Gruch, Privatiere, 68 J. Katharine Kießling geb. Gilberg, 39 J. Antonie Müller, Klavierlehrerin, 62 J. Helene Werner geb. Hatzmann, 60 J. Heinrich Schlemmer, Oberlandmesser a. D., 75 J.

Vermischtes.

Schweres Grubenunglück. In Anina Banyoa im ungarischen Komitat Krasso Szoreny hat im Hungaria-Schacht, in dem 200 Arbeiter beschäftigt waren, eine Explosion stattgefunden. Bisher wurden zwei Tote und 35 Schwerverletzte geborgen. Die Zahl der Verunglückten ist noch nicht festgestellt.

Ausstand von Angestellten in den Warschauer Krankenhäusern. Das Dienstpersonal der städtischen Krankenhäuser Warschaus ist, wie Warschauer Blätter berichten, aus wirtschaftlichen Gründen in den Streik eingetreten. Den Vorwand dazu soll nach dem „Przeglad Poranny" die Entlassung von zwei Bediensteten gegeben haben. Der Streik werde von der Sozialdemokratie (S.D.K.P.i.L.) geleitet; die Streikenden hätten die Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Forderungen und die Entfernung der Krankenschwestern als „moralischer Urheberinnen des Streiks" verlangt. Nach dem „Przeglad Wieczorny" haben die Streikenden Delegationen gestellt, die im jüdischen Krankenhaus die Kranken bedienen, aber in den übrigen Krankenhäusern sich weigern, mit den barmherzigen Schwestern zusammenzuarbeiten. Der erste Bürgermeister von Warschau, Drzewiecki, erließ einen Aufruf an die polnischen Frauen und Studenten zur Hilfedienstleistung in den Krankenhäusern während des Streiks.

Zugzusammenstoß in Galizien. Aus Wien, 16. Jan., wird amtlich gemeldet: In Station Trzciana bei Rzeskow stieß der nach Wien durchfahrende Schnellzug Nr. 10 mit dem in der Station stehenden Schnellzug Nr. 9 Krakau—Lemberg zusammen. Sechs Soldaten, zehn Zivilreisende und ein Bahnbediensteter wurden getötet und 50 Personen verletzt. Die Verkehrsstörung dauerte eine Stunde. Die Verletzten wurden mit einem Hilfszug vormittags nach Rzeskow gebracht. Unter den Verletzten befinden sich viele Reichsdeutsche.

Eineinhalb Millionen Rubel in den Kleidern eingenäht. Bei einem Eisenbahnunglück, das kürzlich in Lublin stattfand, verunglückten mehrere Personen. Als man die Leichen barg, fand man, wie dem „B. T." gemeldet wird, in den Kleidern eines der Verunglückten eineinhalb Millionen Rubel eingenäht. Seine Persönlichkeit konnte noch nicht festgestellt werden.

Schriftleitung: Bernhard Grothus.
Verantwortlich für deutsche und auswärtige Politik: B. Grothus; für Kunst, Wissenschaft, Unterhaltungs- und volkswirtschaftlichen Teil: B. E. Eisenberger; für Stadt- und Landnachrichten, Gericht und Sport: C. Diegel; für die Anzeigen: i. V. J. Bahler; sämtlich in Wiesbaden.
Druck u. Verlag der Wiesbadener Verlags-Anstalt G. m. b. H.

Beamten- und Bürger-Konsum-Verein für Wiesbaden und Umgegend! Telefon 6253.

Wir empfehlen

Brennholz

grob gespalten ab Lager Niederwaldstraße zu ℳ 5.50
fein gespalten ab Lager Niederwaldstraße zu ℳ 6.—
Anmachholz ab Lager Niederwaldstraße . . ℳ 6.50
frei Haus 50 ₰ Aufschlag.

Der Vorstand.

Wegfall von Personenzügen.

Vom 22. ds. Mts. bis einschl. 4. Februar muß eine größere Anzahl von Zügen des Personenverkehrs ausfallen. Näheres ist aus der auf den Stationen aushängenden Bekanntmachung ersichtlich.

Mainz, den 17. Januar 1918. (D100

Königlich Preußische und Großherzoglich Hessische Eisenbahndirektion.

In unser Handelsregister ist unter Nr. 30 die Firma G. Stein in Caub und als Inhaber Kaufmann G. Stein daselbst eingetragen.

St. Goarshausen, den 21. Dezember 1917. (8888

Königliches Amtsgericht.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Verkauf von Fleisch und Wurst bei den hiesigen Metzgern am Samstag, den 19. Januar 1918 in der abwechselnden Reihenfolge der Brotkarten-Nummern wie folgt:

Nummer 1501 bis 1656 und 1 bis 200 von 8 bis 9 Uhr vormittags
„ 201 bis 500 von 9 bis 10 Uhr vormittags
„ 501 bis 850 von 10 bis 11 Uhr vormittags
„ 851 bis 1200 von 11 bis 12 Uhr vormittags
„ 1201 bis 1550 von 12 bis 1 Uhr vormittags.

Während der gleichen Stunden erfolgt die Abstempelung der Fleischmarken im „Nassauer Hof".

Durch Aushang wird noch bekannt gegeben, welche Mengen für jede Person zum Verkaufe kommen.

Sonnenberg, den 16. Januar 1918. (3662

Der Bürgermeister Buchelt.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe der Brot- und Fleischkarten am Samstag, den 19. Januar 1918. — Zeit: Die gleiche, wie die Verkaufsstunden für Fleisch. — Ort: „Nassauer Hof".

Sonnenberg, den 16. Januar 1918. (3663

Der Bürgermeister Buchelt.

Sonnenberg. — Bekanntmachung.

Ausgabe von Heringen an alle Einwohner am Samstag, den 19. Januar 1918 in den hiesigen Geschäften. Die Lebensmittelausweiskarte ist vorzuzeigen.

Sonnenberg, den 18. Januar 1918. (3676

Der Bürgermeister. Buchelt.